

Regierung ist gegen zusätzliche Gelder für Notfalleistungen der Schwyzer Spitäler

Die Spitäler möchten vom Kanton 2,9 Mio. Franken für erbrachte Vorhalteleistungen in den Notfallstationen. Die Regierung will nicht zahlen, weil diese «Subvention» nicht im Sinne des geltenden Spitalgesetzes sei.

Die drei Schwyzer Spitäler (AMEOS Klinik Einsiedeln, Spital Lachen und Spital Schwyz) hatten im April 2023 das Departement des Innern um einen jährlichen Beitrag von insgesamt rund 2,9 Mio. Franken ersucht. Dies für Vorhalteleistungen im Bereich Notfall im Sinne von sogenannt gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL). Die Spitäler begründeten ihren Antrag unter anderem damit, dass der Notfall mit grossen personellen und infrastrukturellen Vorhalteleistungen verbunden sei. Dadurch sei dieser betriebswirtschaftlich nicht kostendeckend aufrechtzuerhalten. Die Regierung lehnte das Gesuch ab (wir berichteten).

Marktverzerrungen befürchtet

Gemäss dem Spitalgesetz könnte der Kanton für solche Leistungen Beiträge

an die Spitäler ausrichten. Kantonsrat Antoine Chaix (SP, Einsiedeln) fordert deshalb in einer Interpellation, dass der Kanton die 2,9 Mio. Franken zahlt. Die Regierung will von ihrem Entscheid aber nicht abrücken.

Der Bund lasse solche Zahlungen zwar zu, die Definition von GWL sei aber unklar, begründet die Regierung: «Die Folge davon ist, dass der Wettbewerb zwischen den am Markt auftretenden Spitälern aufgrund von GWL-Beiträgen unter Umständen erheblich verzerrt wird.» Daher habe sich der Regierungsrat bereits im Rahmen der Totalrevision des Spitalgesetzes 2014 bewusst für eine «restriktive Regelung» ausgesprochen. «Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, planwirtschaftliche Markteingriffe vorzunehmen», so die Ansicht der Schwyzer Regierung.

Der Kanton leiste bereits seit mehr als zehn Jahren GWL an die Spitäler. So zahlt er einen jährlichen Beitrag für die Aus- und Weiterbildungsleistungen der Spitäler, um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. Im vergangenen Jahr waren dies insgesamt 3,3 Mio. Franken.

«Nicht im Sinne des Spitalgesetzes»

Eine Finanzierung der GWL für die Notfallstationen ist laut Regierung wie erwähnt nicht angezeigt und sei seit der neuen Spitalfinanzierung auch noch nie ausgezahlt worden. Der Notfall sei indessen im Leistungsauftrag enthalten. «Notfallvorhalteleistungen sind grundsätzlich nicht als GWL-Beiträge abzugelten, sondern Teil der OKP-Pflichtleistungen», fasst

die Regierung zusammen und verweist dazu auf die Rechtssprechung des Bundesgerichts, auf die Interpretation von H+, auf die Meinung der Konferenz der Gesundheitsdirektoren und des Bundes.

Im übrigen sei es nicht so, dass die Schwyzer Spitäler durch den Kanton angehalten würden, «zu kleine oder schlecht ausgelastete Notfallstationen aus regionalpolitischen Gründen offen zu halten». In diesem Fall wäre eine Finanzierung über GWL-Beiträge zu legitimieren. Eine Subventionierung der Spitäler über GWL-Beiträge ist aus Sicht der Schwyzer Regierung aber nicht im Sinne des Spitalgesetzes, schreibt die Regierung zusammenfassend zur Interpellation Chaix. Sie beantragt dem Kantonsrat, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären. (mri)